

**ZWECKVERBAND VERKEHRSVERBUND
GROSSRAUM INGOLSTADT**

BESCHLUSSVORLAGE V0257/22 öffentlich	Geschäftsleiter Frank, Robert, Dr. Telefon 97 43 93 14 Telefax 97 43 93 99 E-Mail vgi@invg.de Datum 28.03.2022
--	---

Gremium	Sitzung am	Beschlussqualität	Abstimmungs- ergebnis
Zweckverband Verkehrsverbund Großraum Ingolstadt, Verbandsversammlung	07.04.2022	Kenntnisnahme	

Beratungsgegenstand

Bericht der Geschäftsführung;
Aktuelle Lage im Regionalen ÖPNV im VGI-Tarifgebiet

Antrag:

Der Bericht der Geschäftsleitung zur aktuellen Lage im ÖPNV wird zur Kenntnis genommen.



Dr. Robert Frank
Geschäftsleiter

Sachvortrag:

Aktuelle Lage im ÖPNV im VGI-Tarifgebiet

Seit der letzten Sitzung der Verbandsversammlung im Dezember 2021 stiegen die Covid-19-Infektionszahlen mit der Omikron-Variante deutlich an. Die weiterhin geltenden Beschränkungen des öffentlichen Lebens und die starke Nutzung von Home-Office bedingen eine geringere Inanspruchnahme des ÖPNV. Der Auslastungsgrad mit Stand Anfang März 2022 liegt bei ca. 70% **des Vor-Corona-Niveaus**, eine Steigerung von ca. 5% im Vergleich zum Dezember 2021.

Die Compliance der Fahrgäste im Hinblick auf die Einhaltung der **Corona-Schutzmaßnahmen** im ÖPNV und im Fernverkehr der Deutschen Bahn ist hoch. Es gilt weiterhin die FFP-2-Maskenpflicht in Bus und Bahn, die 3-G-Regel ist hingegen seit dem 20.03.2022 aufgehoben.

Wie im Dezember 2021 berichtet, wird es mit hoher Wahrscheinlichkeit auch in 2022 aufgrund der weiterhin fehlenden Fahrschein-Erlöse im deutschen ÖPNV einen **ÖPNV-Rettungsschirm** geben. Aktuell geht man im bayerischen Verkehrsministerium davon aus, dass ab Juni 2022 der Bund eine Grundsatzentscheidung für den ÖPNV-Rettungsschirm 2022 in Höhe von 50% der Erlösausfälle treffen wird. Der Freistaat beabsichtigt eine komplementäre Auffüllung auf 100% der Erlösausfälle.

Der Überfall Russlands auf die Ukraine hat große Fluchtbewegungen ausgelöst, die seit einiger Zeit auch den regionalen ÖPNV im VGI-Gebiet betreffen. Konkret wurden mehrere **Shuttelfahrten** zur Beförderung von Kriegsflüchtlingen durch die Regierung von Oberbayern angefragt, die vorrangig von privaten Verkehrsunternehmen mit Reisebussen durchgeführt wurden und weiterhin werden. Aufgrund einer Absprache zwischen Bund und Ländern sowie mit den kommunalen Interessenverbänden können ukrainische Kriegsflüchtlinge aktuell den ÖPNV und den Fernverkehr der Deutschen Bahn kostenlos nutzen.

Die seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine nochmals dramatisch **gestiegenen Energiepreise** belasten in hohem Maße die privaten Verkehrsunternehmen und bedrohen deren Liquidität. Zur Entlastung hat die Bundesregierung am 24.03.2022 ein umfassendes **Maßnahmenpaket** angekündigt. Für die Verkehrsunternehmen sind vor allem die temporäre Absenkung der Energiesteuer **um 14 Cent beim Dieselkraftstoff** und die starke Rabattierung von **Monatskarten auf den Preis von 9,- EUR** für max. drei Monate relevant, mit Beginn voraussichtlich ab 01.05.2022 oder 01.06.2022.

Die Geschäftsleitung befürwortet die Unterstützung durch den Bund, weist jedoch auf die erheblichen Anforderungen zur Einführung der rabattierten Monatskarten hin. Aus Sicht der Verkehrsunternehmen wird die temporäre Energiepreissenkung begrüßt, welche aber die um bis zu 80% im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen aktuellen Kraftstoffpreise nur teilweise kompensieren kann.

Das Bundesministerium für Digitalisierung und Verkehr/BMDV beabsichtigt kurzfristig die Einsetzung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe aus Vertretern von Bund, Ländern und Verkehrsunternehmen sowie von Branchenvertretern, um die schnelle Umsetzung der Maßnahmen zu ermöglichen.